



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/8 - 11. Januar 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Bransklötze Adenauer und die friedliche Koexistenz	54
2 - 3	Nach dem Sieg der amerikanischen Stahlarbeiter Von unserem Korrespondenten in den USA	84
4	Wenn Strauß "abwehren" läßt Flugplatzaffäre ist kein "leerer Wahn"	31
5 - 6	Zinn tut einen guten Griff Die erfolgreiche Arbeit von Heinrich Henzeth	113

Zur Beachtung!

Wir veröffentlichen in der nächsten Ausgabe einen
Artikel des ehemaligen belgischen Außenministers,
Victor Larock, zum Thema:

"Erwägungen über das Europa der Sechse"

* * *

* *

Bremsklötze

-ler Die friedliche Koexistenz der Völker unter völlig anderen Perspektiven sei eine Illusion, die leider noch allzu sehr verbreitet sei, ließ sich dieser Tage der Bundeskanzler in einem Interview, das er einer holländischen Zeitung gab, vernehmen. Dunkel ist dieses Satzes Sinn. Fällt Adenauer ein friedliches Nebeneinander der Völker und Regierungen für ein Phantasieprodukt? Kann er sich die Beziehungen zwischen Staaten und Staatengruppen nur in einem Freund-Feind-Verhältnis vorstellen? Würde diese Auffassung Allgemeingut, müßte man alle Hoffnungen begraben, einen Zustand zu erstreben, in dem die gewiß unvermeidlichen Konflikte in dieser Welt nicht mehr mit Waffengewalt ausgetragen werden. Der Appell an die Gewalt, in der bisherigen Menschheitsgeschichte noch immer der bequemste Ausweg, verbietet sich heute angesichts des atomaren Gleichgewichts zwischen den beiden Weltmächten von selbst; wer diese fundamentale Erkenntnis noch nicht verarbeitet und als Richtschnur politischen Handelns gewonnen hat, lebt noch im voratomaren Zeitalter.

Der "Geist von Camp David" war und ist der Versuch, der politischen und militärischen Wirklichkeit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gerecht zu werden. - Ein gewiß schwieriger und von vieler Vorurteilen, Befürchtungen und psychologischen Hemmnissen belasteter Versuch, aber wer sich nicht an ihm beteiligt, sein Gelingen durch eigene Schuld infrage stellt, muß den Vorwurf einer schicksalsschweren Fehleinschätzung auf sich nehmen. Noch schlimmer ist es, den "Geist von Camp David" zum kommunistischen Propagandaslogan zu erniedrigen, wie es Strauß in Paris und Adenauer in seinem allerletzten Interview taten. Was soll damit erreicht werden? Die Verewigung unerträglich gewordenen weltpolitischer Gegensätze?

Unter dem Druck der Weltmeinung wurden West und Ost genötigt, den Weg zum Gipfel anzutreten. Heute erweist es sich, wie gefährlich es war, das Datum des Gipfeltreffens immer wieder hinauszuschieben. Inzwischen sind Entwicklungen eingetroffen, die sich leicht der Kontrolle der Weltmächte trotz ihrer Riesenvorräte an Vernichtungswaffen entziehen können. In den nächsten Wochen, ja vielleicht schon Tagen, wird über der Sahara die erste französische Atombombe explodieren. Niemand vermag heute die psychologischen und politischen Folgen dieser hauptsächlich vom Prestigebedürfnis ausgelösten Explosion in der Völkerwelt Afrikas vorauszusagen, von China ganz abgesehen, das sich nun ermuntert fühlen wird, es Frankreich gleichzutun. Das gleiche Prestigebedürfnis steht hinter der sowjetischen Ankündigung, ihre neuen Raketen genau dorthin zu senden, wo die USA mit ihren A- und H-Bomben experimentierten. Schon verlangt der USA-Senator Mansfield "äußerste Maßnahmen gegen diese Sowjetversuche" im Pazifik. Worin sollen diese bestehen? Welches Recht haben die USA, den Sowjets zu verweigern, was sie selbst in der Vergangenheit beanspruchten - die Weite des Pazifik als Experimentierfeld?

Die hochgespannten Erwartungen, die sich an die vorjährige Begegnung der zwei mächtigsten Männer der Welt in Camp David knüpften, haben ohne Zweifel einen Rückschlag erlitten. Mächtige Kräfte im Westen und im Osten wirken der so notwendigen Entspannung entgegen. Noch haben es die Sowjetunion und die USA in der Hand, die weltpolitische Entwicklung im Sinne der Friedenssicherung zu beeinflussen; aber sie müssen sich beeilen; und erbeizt von Bremsklötzen handeln. Noch tragen sie heute Weltverantwortung, aber sie kann ihnen entgleiten, wenn sie in das Räderwerk unvorhergesehener Entwicklungen hineingeraten.

Nach dem Sieg der amerikanischen Stahlarbeiter

Von unserem Korrespondenten in den USA

New York, im Januar

Fast neun Monate lang hat die amerikanische Stahlkrise gedauert, die jetzt mit einer von der Regierung der Arbeitgeberseite aufoktrozierter Einigung geendet hat. Im Mai 1959 begannen die Verhandlungen zwischen der mächtigen Stahlarbeitergewerkschaft und einem Komitee der namhaftesten Unternahmergruppen der Stahlindustrie; als die Verhandlungen sich in die Länge zogen, über den Ablauftermin des alten, gekündigten Tarifvertrages hinaus, wurde dieser zunächst von der Gewerkschaft in einer Geste der Versöhnlichkeit um einige Wochen verlängert, aber als die Arbeitgeberseite anfing, scharfmacherischen Einflüsterungen zu erliegen, kam es zum Streik. Dieser dauerte den ganzen Spätsommer und Herbst an und wurde mit insgesamt vier Monaten zum längsten und unbedingt auch bittersten Streik der amerikanischen Stahlgeschichte, der mehr und mehr die stahlverarbeitenden Industrien lahm legte und die gesamte Wirtschaft schädigte.

Scharfmacher waren am Werk

Im Dezember wandte die Regierung schließlich eine selten benutzte Klausel des Arbeitsgesetzes an, um die Streikenden für die Dauer einer achtzig-tägigen "Abkühlungsperiode" wieder in die Betriebe zu bringen; diese achtzig Tage wären am 26. Januar abgelaufen, und es stand fest, daß die Gewerkschaft dann den Streik wieder aufnehmen würde, wofür sich bei einer schriftlichen Probeabstimmung 93 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder ausgesprochen hatten. Diese Abkühlungsperiode, von der Arbeiterseite heftig bekämpft, wirkte sich aber zu ihren Gunsten aus, weil die kurz vor ihrem Ablauf erzielte Einigung der streikenden Gewerkschaft viel mehr gab, als sie sich selber ursprünglich als Ziel gestellt hatte. Mit anderen Worten: hätte das Unternehmertum vor einem halben Jahr nicht auf die Scharfmacher gehört, sondern sich zu einer vernünftigen Kompromißlösung bereit erklärt, dann wäre es viel billiger davon gekommen.

Sympathie auf Seiten der Gewerkschaften

Denn während diese achtzig Tage verstrichen, zunächst ohne irgendeinen Verhandlungsfortschritt zu bringen, verschob sich die öffentliche Sympathie mehr und mehr zugunsten der Gewerkschaft, die in der ganzen Angelegenheit zwar kraftvoll und hart, aber doch verantwortungsbewußt und frei von allen demagogischen Ausfällen operierte, was ihr Freund wie Feind neidlos zugesteht. Regierung, Konsumentenkreise, verarbeitende Industrie wie öffentliche Meinung kamen zu der Überzeugung, daß jede Kompromißlösung besser sei als eine Wiederaufnahme des Streiks mit allen seinen unvermeidlichen schädlichen Folgen für die Gesamtwirtschaft. Da Stahl nur einmal die wichtigste Schlüsselindustrie im Lande

ist, müßte eine erneute Stahlknappheit zu neuen Betriebsstillegungen, Versorgungsengpässen, Arbeitslosigkeiten und schwersten Erschütterungen des Handelskreislaufs führen. In den letzten Schlußverhandlungen, an denen Vizepräsident Nixon und Arbeitsminister Mitchell in pausenlosen Marathonsitzungen persönlich beteiligt waren, übte die Regierung daher auf die Arbeitgeberseite einen kräftigen Druck zum Nachgeben aus, dem sie sich im Ergebnis nicht mehr widersetzen konnte.

Preiserhöhungen nach Präsidentenwahl?

Dabei passierte eine kuriose und nicht unbedenkliche Kehrtwendung. Die Unternehmer hatten von Anfang an gesagt, sie würden gerne jede Lohnerhöhung bewilligen, nur müßten sie dann auf ihre Verkaufspreise diese Lohnerhöhung abwälzen, und das wäre ein Strich durch die Rechnung von Präsident Eisenhowers Anti-Inflationspolitik; die Gewerkschaften hatten behauptet, bescheidene und stufenförmig eingeführte Lohnzuschläge könnten aus dem Rekordprofit der Industrie getragen werden, ohne Abwälzung auf den Konsumenten. In den Schlußverhandlungen hat Nixon aber die anti-inflationäre Formel plötzlich fallen lassen und der Industrie gleichsam erlaubt, die Preise zu erhöhen - was immer noch besser sei als eine verewigte Stahlkrise. Man spricht jetzt von einer Preiserhöhung von 16 Dollar pro Tonne Stahl, was eine ganze Menge ist -, freilich nicht sofort, sondern erst in einigen Monaten, wenn sich die allmählich einzuführenden neuen Lohnsätze auswirken. Nixon sucht jetzt, nicht ohne ein wenig Demagogie, die Industrie zu bewegen, ihre Preise erst zum 1. Dezember zu erhöhen, also nach den Präsidentenwahlen vom 8. November, weil sie sich sonst gegen die republikanische Regierungspartei und seine, Nixons, eigene Präsidentschaftskandidatur auswirken würden.

Neue Ausgangspositionen

Heute steht Nixon an sich mit vermehrtem Prestige da, weil er dem Konflikt ein Ende zu machen verstanden hat. Objektiv ist das durchaus berechtigt: der Angriff der Industrie auf die Position der Gewerkschaft und die von ihr erkämpften sogenannten "Betriebsregeln", d.h. vor allem den Kündigungsschutz für ältere Arbeiter, ist abgeschlagen worden, kontinuierliche Stahlproduktion für zweieinhalb Jahre ist gesichert, der Stahlbedarf für die Landesverteidigung, für die Konsumgüterindustrie, für das Transportwesen und, nicht zu vergessen, für die amerikanischen Exportinteressen ist garantiert. Und solange der Stahlpreis nicht steigt, wird der amerikanische Export auch seinen Anteil an den Weltmärkten wieder zurückerobern können.

Die allgemeine Zufriedenheit ist also durchaus angebracht und der Jubel der siegreichen Gewerkschaft vollauf verständlich. Nur die ungewisse künftige Preisgestaltung wirft einen Schatten auf das Bild, das im übrigen die kommende Periode der amerikanischen Gesamtwirtschaft hell und ohne nennenswerte Kriegsgefährdung erscheinen läßt.

Wenn Strauß "ahwehren" läßt

sp - Die Pressestelle des Bundesverteidigungsministeriums hat am Freitag vergangener Woche einen Bericht des Parlamentarisch-Politischen Pressedienstes (PPP) über einen Zwischenfall, den Bundesverteidigungsminister Strauß am 18. Dezember 1959 auf dem Flughafen Wahn inszenierte, hemmungslos als "Hetzaktion sozialdemokratischer Propagandisten" abgewertet und damit zu verhindern versucht, daß eine größere Öffentlichkeit von dieser abermaligen Anmaßung des Ministers erfuhre.

Bei der Darstellung des PPP handelte es sich um eine in allen Einzelheiten dreimal recherchierte Meldung, der der offizielle Bericht der Flughafengruppe an ihre vorgesetzte Dienststelle zugrunde lag. Außerdem hatte der Pressechef des Flugplatzes den Hergang in allen Einzelheiten bestätigt.

Einen solchen Bericht als "Hetzstirade" zu bezeichnen, nur weil er den Minister in dem allerdings peinlichen Licht eines wildgewordenen Großmanns erscheinen läßt, ist der Gipfel regierungs-propagandistischer Hemmungslosigkeit. Man sollte nicht glauben, daß ehemalige Journalisten, die dieses Geschäft für den Minister besorgen, kein Gefühl mehr für die selbstverständlichen Gepflogenheiten ihres Berufes haben.

Das Verteidigungsministerium hat sich am Freitag darauf berufen, daß sich der von Strauß abgekanzelte Zivilbeamte später beim Minister entschuldigt habe. Tatsächlich ist der Beamte veranlaßt worden, sich bei Strauß zu entschuldigen, weil seine vorgesetzten Dienststellen nicht die Courage hatten, den korrekt handelnden Beamten gegen die Ausfälle des Ministers zu verteidigen.

Dieser Verfall des Rechtsgefühls ist zutiefst bedauerlich, aber offenbar ermutigte er gerade die Strauß-Propagandisten, denen noch der Schreck darüber in den Gliedern steckt, daß die Halbbohn-Affaire die Runde durch die Blätter aller Länder der Welt gemacht hat. Noch so einen Rückschlag konnte sich Strauß wohl nicht mehr leisten.

Zinn tat einen guten Griff

Vor einem Jahr verliess Heinrich Hemsath das Land Nordrhein-Westfalen. Was dieser so erfolgreiche und konsequente Sozial- und Finanzpolitiker als das Ergebnis seiner jahrelangen Tätigkeit zunächst als sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter und später als Arbeits- und Sozialminister in der Regierung des Ministerpräsidenten Fritz Steinhoff zurückliess, dankten und danken ihm auch heute noch viele Menschen in Nordrhein-Westfalen. "Es ist mein Ziel", sagte Hemsath, als er sich von seinen Freunden in Nordrhein-Westfalen verabschiedete, um als Staatsminister nach Hessen zu gehen, "nach wie vor über den Bundesrat zu erstreben, dass möglichst viele unserer sozialpolitischen Ziele in allen Ländern der Bundesrepublik verwirklicht werden". - Was hat Heinrich Hemsath inzwischen in Hessen erreicht? Nachstehender Bericht aus Wiesbaden vermittelt interessante Einzelheiten.

Das neu gebildete Ministerium für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen ist in Hessen nicht nur zu einem Begriff, sondern auch zu einer tragenden Säule der Regierungserklärung geworden, die Ministerpräsident Dr. Zinn ein "Programm der sozialen Verantwortung" nannte. An die Spitze des neuen Ministeriums stellte der hessische Regierungschef einen Politiker, dessen Name die Schlagzeilen der in- und ausländischen Presse im Frühjahr 1958 füllte: Heinrich Hemsath.

Am 28. Januar 1959, nach der Verteidigung im Landtag, nahm Staatsminister Hemsath seine Arbeit in Hessen auf. Neben dem organisatorischen Aufbau des Ministeriums ging er unverzüglich daran, sich mit allen Fragen vertraut zu machen, die in den nächsten Jahren einer Lösung zugeführt werden sollen und müssen. Die Bildung eines sachlich homogenen und ebenbürtigen Ministeriums, in dem alle Fachabteilungen der Arbeits-, Volkswohlfahrts- und Gesundheitspolitik, die seither "als Anhänger in anderen Ministerien mitfuhren" und demzufolge nicht selten zu kurz kamen, unter einem Dach vereinigt sind, war die Voraussetzung für die Verwirklichung des Landesprogrammes der sozialen Verantwortung.

Stosserichtung Wiesbaden - Bonn

"Gerade in dem Sachbereich eines Arbeits- und Sozialministeriums halten wir eine grössere politische Einflussnahme auf die Bundespolitik für dringend erforderlich", hatte Ministerpräsident Dr. Zinn gesagt. Nun - in Heinrich Hemsath fand er einen Politiker, der dieser Aufgabe bis zur letzten Konsequenz gerecht wird. In der 207. Sitzung des Deutschen Bundesrates am 26. Juni 1959 in Bonn stellte er Hemsath unter Beweis: Nach einem scharfen Repliquell mit den Bundesministern Blank und Etzel über die Neuregelung der Kriegspflerversorgung konnte er seine Bundesratskollegen durch bessere Argumente so überzeugen, dass der Blanksche Entwurf, die Kriegserenten nach dem Bedürftigkeitsprinzip zu erhöhen, zu Fall gebracht wurde. Hemsath verwirklichte damit als Vertreter des Landes einen Teil des hessischen Regierungsprogrammes auf Bundesebene; denn Dr. Zinn hatte in seiner Regierungserklärung abgelehnt, das Bedürftigkeitsprinzip noch mehr als bisher zur Grundlage der Rentenversorgung zu machen. Wenn sich das Bundeskabinett Wochen später entschloss, rund eine Milliarde Mark für die Kriegspflerversorgung zusätzlich bereitzustellen, so war das nicht zuletzt eine Folge des Beschlusses der 207. Bundesrats-sitzung, die von dem hessischen Arbeits- und Sozialminister dirigiert wurde.

Mit der gleichen Härte wird Heinrich Hemsath als Vertreter des Landes Hessen im Bundesrat für eine beschleunigte und gerechte Sozialgesetzgebung eintreten. Wie er sich in Hessen bereits für eine systematische Intensivierung der Gewerbeaufsicht zum Schutz der arbeitenden Menschen

einsetzte und diese in den nächsten Jahren noch weiter ausbauen will, so wird er sich in Bonn tatkräftig für die Verbesserung des Schutzes der Werktätigen durch eine umfassende Gesetzgebung einsetzen.

Grosse Aufmerksamkeit widmet Minister Hemsath, wie vorher schon in Nordrhein-Westfalen, vor allem dem Arbeitsschutz der Jugendlichen und Frauen, um sie vor gesundheitlichen Schäden zu bewahren. Rund ein Dutzend Sozialgesetze stehen im Bund zur Beratung und Entscheidung an. Die schaffenden Menschen werden in Heinrich Hemsath ihren besten und profiliertesten Fürsprecher haben.

Das Beste für die Jugend

Zu den schönsten Tagen seines Lebens zählt Minister Hemsath die, an denen er ein Jugendheim oder irgendeine andere Einrichtung, die der Jugend dient, der Bestimmung übergeben kann. Der 1958 ins Leben gerufene "Hessen-Jugendplan" gibt die beste Möglichkeit zu wirksamen Förderungsmaßnahmen. Es ist kein starres Programm, sondern elastisch und dynamisch wie die Jugendarbeit selbst. Alljährlich werden bestimmte Schwerpunkte ausgewählt, die sich aus der jeweiligen Situation ergeben. Sie werden bevorzugt gefördert. Energisch setzte sich Minister Hemsath für eine Erhöhung der Mittel des "Hessen-Jugendplanes" im nächsten Haushaltsjahr ein. Standen ihm 1959 etwa 5,9 Millionen Mark zur Verfügung, so werden es 1960 rund 6,7 Millionen Mark sein. Jugendherbergen und kommunale Jugendeinrichtungen, die allen Jugendlichen zugute kommen, werden im nächsten Jahr an erster Stelle Hilfe erfahren. Die staatspolitische Bildungsarbeit steht nicht zurück, und auch das Fahrtenleben und Wandern findet die Unterstützung des Ministeriums für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen.

Aber auch freudvoller Lebensabend

"Die alten Menschen haben ein Anrecht darauf, einen sorglosen und freudvollen Lebensabend zu verbringen", sagte Heinrich Hemsath einmal. Seine Worte sind kein Lippenbekenntnis. Er lässt ihnen die Tat folgen. Kürzlich verkündete der Minister den "Hessischen Sozialplan für alte Menschen". Der Plan, ein Programm, das sich über mehrere Jahre erstrecken soll, sieht die Modernisierung bestehender und den Bau neuer Altersheime vor. 7,5 Millionen Mark werden 1960 dafür vom Land bereitgestellt. Mit diesem Betrag sollen Vorhaben kommunaler und charitativer Verbände gefördert werden, um die fehlenden Plätze in Altenheimen zu schaffen, die es alten Menschen ermöglichen sollen, umhert und sorgenfrei den Lebensabend verbringen zu können. Innerhalb dieses Programms wird auch die Hauspflege hilfsbedürftiger alter Leute ausgebaut, und Erholungskuren werden dafür sorgen, dass "das alte Herz wieder jung wird".

Vor allem vorbeugender Gesundheitsschutz

Als sich kürzlich in Bad Nauheim der "Landesgesundheitsrat Hessen" konstituierte, appellierte Minister Hemsath an alle Mitglieder dieses Gremiums, der vorbeugenden Gesundheitspflege die grösste Beachtung zu schenken. Nach dem alten Sprichwort, dass Vorbeugen besser als Heilen ist, hat die Landesregierung einen Landesgesundheitsplan ins Leben gerufen. Neben der Gesundheitserziehung und medizinischen Volksbildung, die allein die verantwortliche Mitarbeit der Bevölkerung ermöglicht, sollen die Gesundheitsämter verbildlich ausgestattet werden. Das Krankenhauswesen wird grosszügig gefördert. Runde 12 Millionen Mark stehen allein für Krankenhausbauten im nächsten Jahr in Hessen zur Verfügung. Schwesternheime werden erbaut, um auch das notwendige Pflegepersonal an die Krankenanstalten zu binden. - Krankheits- und Seuchenbekämpfung ist eine weitere Aufgabe des Landesgesundheitsplanes. Dem Zahnsturzfall, der heute im steigendem Maße schon die Kinder heimsucht, will man begegnen. In den Städten und Kreisen werden Schulzahnarztstationen eingerichtet, um die Jugendlichen laufend unter Kontrolle zu haben. In enger Zusammenarbeit mit den ortsansässigen Zahnärzten will die Landesregierung auch dieses Problem lösen.